

SPD-Wahlkampfauftakt zur Europawahl in Erfurt



12.5.2004 10:26:09

Fakten

Mail-Service

Archiv

was ist wahlfakten.de?

„Rapid Response“ aus der
CDU-Bundesgeschäftsstelle
auf die Rede von Kanzler
Gerhard Schröder

Gerhard Schröder: „Durch die Einigung Europas ergeben sich dann und nur dann Chancen, wenn man in diesem Land eine Politik betreibt, wie Christoph Matschie es vorgeschlagen hat. [...] In den Mittelpunkt die Bildungspolitik, unabhängig von der sozialen Herkunft des einzelnen. Jeder muss die gleiche Chance haben, das gilt für dieses Land und das wird er durchsetzen.“

FAKT:

Thüringens Bildungspolitik Spitze

Die Pisa-E-Studie hat gezeigt, dass Thüringen im Ländervergleich im Spitzenfeld liegt – weit vor den von der SPD regierten jungen Ländern, obwohl alle ostdeutschen Bundesländer gleich gestartet sind.

► <http://www.mpib-berlin.mpg.de/pisa/>

Viele Ganztagschulen

Thüringen liegt beim Anteil der am Ganztagsbetrieb teilnehmenden Schüler nach Sachsen (22,3 Prozent) und Berlin (21,9 Prozent) mit 21,4 Prozent bundesweit und auch bei der Zahl der Einrichtungen mit Ganztagsschulbetrieb nach Sachsen (1.328 Einrichtungen) und Nordrhein-Westfalen (637) mit 610 Einrichtungen jeweils bundesweit an dritter Stelle. Die wenigsten Einrichtungen mit Ganztagsbetrieb gibt es im Stadtstaat Bremen (11) aber auch mit 23 Einrichtungen im Flächenland Schleswig-Holstein 4 unter der Verantwortung von SPD-Sozialministern (Kultusministerkonferenz).

► <http://www.kmk.org/statist/GTS-Bericht-2002.pdf>

Thüringen auch bei Kindergartenplätzen vorne

Bei den Kindergartenplätzen liegt Thüringen bundesweit auf dem ersten Platz (126 Plätze pro 100 Kinder zwischen 3 und 6,5 Jahren). Danach folgen die CDU-regierten Länder Sachsen (105 Plätze) und Sachsen-Anhalt (101). (Statistisches Bundesamt, S. 97 ff.)

► http://www.destatis.de/basis/d/solei/src/Tageseinrichtungen_III_1.pdf

Gerhard Schröder: „Durch die Einigung Europas ergeben sich dann und nur dann Chancen, wenn man in diesem Land eine Politik betreibt, wie Christoph Matschie es vorgeschlagen hat.“

FAKT:

Thüringen steht unter Ministerpräsident Althaus gut da!

Die Arbeitslosenquote ist in Thüringen niedriger als in jedem anderen der jungen Länder. (Bundesagentur für Arbeit, Deckblatt)

► http://www1.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/200404/iiia4/multi_heftd.pdf

Die Zahl der Industriebeschäftigten legte in Thüringen von Anfang 1996 bis Mitte 2003 um 31,9 Prozent zu, während sie Deutschlandweit um 6,2 Prozent zurückging. (Sondervergleich 1. Halbjahr 2003, S.22)

► http://www.t-online.de/_downloads/wirtschaftsvergleich2003.pdf

Thüringen vorn beim Wirtschaftswachstum

Thüringen ist das einzige Land in Deutschland, welches in jedem Jahr seit der Wie-

dervereinigung (bis 2003) ein Positivwachstum und mit einem Gesamtplus von knapp 65 Prozent das höchste BIP-Wachstum in Deutschland zu verzeichnen hatte. (Statistisches Bundesamt) Sachsen und Thüringen belegten dabei deutschlandweit beim Wirtschaftswachstum die beiden ersten Ränge (+1,2 und +0,5 Prozent). Ganz hinten lagen die beiden rot-rot geführten Länder Mecklenburg-Vorpommern und Berlin mit -1,3 bzw. -1,6 Prozent. (Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen)

► http://www.statistik-bw.de/Arbeitskreis_VGR/tab02.asp#tab2

Deutschlandweit größtes Industriewachstum

Thüringen lag beim Wachstum der Industrieumsätze in Deutschland in 2003 ganz weit vorn. Bei einem Gesamtminus von 0,2 Prozent in Deutschland hatte Thüringen ein Wachstum von knapp 7 Prozent zu verzeichnen. Deutschlandweit gingen die Industrieumsätze um 0,2 Prozent zurück. Entgegen dem Bundestrend nimmt die Zahl der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe in Thüringen zu. (Statistisches Bundesamt, Fachserie 4, Reihe 4.1.1.)

Spitze bei Patentanmeldungen und Wissenschaftsausgaben

Die Zahl der Patentanmeldungen ist in Thüringen und Sachsen höher als in allen neuen Ländern und übersteigt das Niveau von Schleswig-Holstein (aktueller Jahresbericht des Deutschen Paten- und Markenamtes, S. 100).

► <http://www.dpma.de/veroeffentlichungen/jahresbericht02/jb2002.pdf>

Die Wissenschaftsausgaben je Einwohner sind höher als in allen anderen deutschen Flächenländern. (Deutschland in Zahlen 2003, S.124, Deutscher Instituts Verlag)

Unter Schröder fällt der Osten insgesamt zurück

Ergebnisse einer Studie des IW Köln von Dezember 2003 zur Situation in den jungen Bundesländern:

► <http://www.iw-koeln.de/data/pdf/content/trends04-03-5.pdf>

- Das Wachstum der Wirtschaft je Einwohner von 1991 bis 1997: von 33 Prozent auf 61 Prozent des Westniveaus. Zuwachs 2002: nur noch 2 Prozentpunkte.
- Das Haushaltsnettoeinkommen ist nach 54 Prozent Westniveau in 1991 und 82 Prozent in 1997 auf sogar 81 Prozent in 2002 gefallen.
- Die Investitionen je Einwohner sind nach einer relativen Verdopplung von 1991 bis 1997 auf 143 Westniveau bis 2002 auf 93 Prozent zurückgefallen. Dieser Negativtrend betrifft sowohl Bau- als auch Ausstattungsinvestitionen.
- Die technologische Leistungsfähigkeit – gemessen in den Patentanmeldungen – geht wieder zurück. Dies gilt auch für die Wissenschaftsausgaben.
- Der Rückgang der Erwerbsbeteiligung setzt sich unvermindert fort.
- Die Arbeitslosigkeit ist mittlerweile zweieinhalbmal so hoch wie im Westen nachdem sie 1997 doppelt so hoch war.
- Die Zahl der Unternehmensgründungen bleibt mittlerweile hinter der der Unternehmensschließungen deutlich zurück. Dies mündet nahezu zwingend darin, dass auch die Steuerkraft, die sich bezogen aufs Westniveau bis 1997 auf 36 Pro-

zent verdoppelt hatte bis 2002 wieder auf 34 Prozent zurückgefallen ist.

Gerhard Schröder: „Wir brauchen eine Politik, [...] die die Entwicklungspotentiale im Wirtschaftlichen auch nutzt.“

FAKT:

Deutschland leidet an Rot-Grün: Arbeitslosigkeit steigt weiter – Nachkriegsrekord im April

Im April 2004 waren 4,44 Mio. Personen arbeitslos. Das ist zwar ein leichter Rückgang – aber nur infolge eines Statistickracks: Seit Jahresanfang werden über 80.000 Teilnehmer an Trainingsmaßnahmen nicht mehr in der Statistik berücksichtigt (Frühjahrgutachten, S. 256).

- ▶ <http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/wochenberichte/docs/04-18.pdf>

Nach alter Zählweise liegt die Zahl der Erwerbslosen bei rund 4,51 Millionen – das ist der höchste April-Wert seit Bestehen der Bundesrepublik (Bundesagentur für Arbeit, S. 44).

- ▶ http://www1.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/200404/iii4/multi_heftd.pdf

Rechnet man zu den offiziellen Arbeitsmarktzahlen die „stille Reserve“ (Menschen, die sich nicht arbeitslos melden) und die Arbeitslosen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Vorruhestand etc. hinzu, ergibt sich eine Zahl von über 7 Millionen Arbeitslosen, wie eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom März 2004 zeigt (S. 8 f.).

- ▶ <http://doku.iab.de/kurzber/2004/kb0504.pdf>

Schlusslicht in Europa

Nach Einschätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute wird die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr und im nächsten Jahr um jeweils nur 1,5 Prozent wachsen. Damit liegt Deutschland in Europa weiterhin ganz hinten und fällt in 2005 wieder auf den letzten Platz zurück. Frühjahrgutachten, 23. April 2004, S. 232.

- ▶ <http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/wochenberichte/docs/04-18.pdf>

Höchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik

Nachkriegsrekord: Die Regierung Schröder wird nach Schätzung des Bundesfinanzministeriums für 2004 rund 48 Mrd. Euro neue Schulden aufnehmen müssen – rund 18 Mrd. mehr als noch im Bundeshaushalt vorgesehen. Die Finanzierungslücke für 2005 liegt voraussichtlich bei 15 Milliarden Euro (AP, 5.5.2004, 17:11 Uhr)

Einkommensbelastung steigt weiter

2004 ist die Belastung der Einkommen mit Steuern und Abgaben nach Berechnung des Bundes der Steuerzahler (März 2004) noch einmal angestiegen: um 0,2 Punkte auf 54,2 Prozent.

- ▶ http://www.steuerzahler.de/uploads/Pressestatements/04_Anlage.pdf

Gerhard Schröder: „Wenn ich von Forschung und Entwicklung rede, dann weiss ich, dass wir es gewesen sind, die den Forschungshaushalt in den letzten Jahren um 30 Prozent nach oben gebracht habe.“

FAKT:**Versprochen – gebrochen**

Die rot-grüne Bundesregierung hatte bei Regierungsantritt 1998 versprochen, innerhalb von fünf Jahren die Investitionen in Bildung und Forschung zu verdoppeln. Magere 20 Prozent betrug der Zuwachs ihres Etats zum Ende der letzten Legislaturperiode.

Rund eine viertel Milliarde Euro weniger Geld für Bildung und Forschung

Während die Ausgaben im Bundeshaushalt 2004 insgesamt steigen (um 1,2 Prozent), kürzt die Regierung die Mittel für Bildung und Forschung um 155 Mio. Euro (2003 8,364 Mrd. Euro; 2004: 8,209 Mrd. Euro: -1,8 Prozent). Hinzu kommt eine „globale Minderausgabe“ in Höhe von 84 Mio. Euro, die die Regierung Schröder dem Bildungs- und Forschungshaushalt zur Stabilisierung des Rentenbeitragsatzes auferlegt hat. Damit kürzt Rot-Grün die Mittel für Bildung und Forschung um insgesamt 239 Mio. Euro. (Quelle: Bundeshaushalt)

► <http://www.bundesfinanzministerium.de/bundeshaushalt2004/index.html>

Sigmar Gabriel, SPD-Fraktionsvorsitzender in Niedersachsen: „Wir können nicht beim Parteitag die Innovationsförderung hochhalten und sie im Alltag klein kürzen.“ (Der Spiegel, 10.11.2003).

FAKT:**Andere Länder tun mehr:**

Schweden gibt 4,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung aus, (Steige-

rung 2000 bis 2002: 30 Prozent), Japan 3,1 Prozent, Südkorea 2,9 Prozent, USA 2,8 Prozent (OECD laut Spiegel, 08.03.2004).

► <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,290330,00.html>

Die US-amerikanische Universität Harvard investiert derzeit 3 Mrd. Dollar, das ist mehr als das Doppelte eines Jahresbudgets der Max-Planck-Gesellschaft. Bereits 2003 fehlten den deutschen Forschungsorganisationen rund 75 Mio. Euro. Die renommierte Max-Planck-Gesellschaft muss 12 Einrichtungen schließen.

Innovationsdynamik erlahmt

Nach den neuesten Zahlen des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft ist die Innovationsdynamik der deutschen Unternehmen erlahmt. 2003 haben sie erstmals seit 1992 weniger für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Lagen die Steigerungsraten Ende der 1990er Jahre noch bei 10 Prozent, ist jetzt ein Rückgang zu verzeichnen. 2003 waren es 0,2 Prozent weniger. Tendenz fallend! Für 2004 ist mit einem weiteren Rückgang der FuE-Ausgaben zu rechnen.

► http://www.stifterverband.org/site/php/politik.php?SID=&seiteBild&bildnr=649_BildDB%20Stifter

135 Mio. Euro weniger für den Hochschulbau

Mit 135 Mio. Euro erfährt der Hochschulbau einen besonders drastischen Rückgang (-12,7 Prozent). Nach der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung sollen die Mittel für das Hochschulbauförderungsgesetz von 1,06 Mrd. Euro im Jahr 2003 auf 760 Mio. Euro im Jahr 2007

zurückgefahren werden (-28 Prozent). Der Haushaltsansatz für 2004 liegt damit unter dem Volumen, das erforderlich wäre, um die laufenden Vorhaben weiter zu finanzieren.

Vernachlässigung der Projektforschung

Die Bundesregierung vernachlässigt die Projektforschung. Die Schere zwischen Projekt- und institutioneller Forschungsförderung öffnet sich weiter zu Ungunsten der Projektforschung: Von 2002 auf 2003 wurde die Projektförderung bereits um 4,3 Prozent gekürzt, von 2003 auf 2004 nochmals um 8,2 Prozent.

Auffälligste Kürzungen: 6 Millionen Euro weniger für Nanotechnologie

Ausgerechnet für den Bereich der Nanotechnologie (Nanoelektronik und Nanomaterialien), in dem Deutschland noch eine starke Position im internationalen Bereich hat, will die Regierung über 6 Millionen Euro kürzen.

Weitere empfindliche Kürzungen im Bundeshaushalt 2004:

► <http://www.bundesfinanzministerium.de/bundshaushalt2004/index.htm>

- Zukunftsinitiative Hochschule: -200,2 Mio. Euro
- Regionalen Wachstumskerne in den neuen Ländern: -24,4 Mio. Euro
- Nationales Genomforschungsnetz: -17 Mio. Euro (neuer Titel „Biomedizinische Forschung“)
- nationales Weltraumprogramm: - 3,343 Mio. Euro
- Produktionssysteme und -technologien: - 1,2 Mio. Euro.
- optische Technologien: - 0,7 Mio. Euro,

- Ausgaben für Hochschulen, Wissenschaft und Ausbildungsförderung: - 56,835 Mio. Euro.
- Zuwendungen für überbetriebliche berufliche Ausbildungsstätten: - 5,11 Mio. Euro.
- Zuwendungen für das Bundesinstitut für Berufsbildung: - 4,103 Mio. Euro

Gerhard Schröder: „Wir müssen es schaffen, unser Land in dem größer gewordenen Europa wettbewerbsfähiger zu machen, als es bisher ist. Und das ist der Kern der Agenda 2010.“

FAKT:

Unter der Regierung Schröder fällt Deutschland weiter zurück

Das „International Institute for Management Development“ (IMD) in Lausanne hat in seiner neuesten Untersuchung zur Wettbewerbsfähigkeit von Staaten und Regionen (Mai 2004) Deutschland vom 20. auf den 21. Rang zurückgestuft (2002: Rang 17, 2001: 13).

► <http://www02.imd.ch/documents/wcy/content/ranking.pdf>

Hauptgrund: Verschlechterung des Teilindikators „politische Effizienz“ auf Platz 34 (2003: 30). Außerdem: Letzter Platz bei der Arbeitsmarktregulierung, Platz 58 bei der Unternehmensbesteuerung. Den drittgrößten Sprung unter allen 60 untersuchten Staaten und Regionen nach oben machte das CSU-regierte Bayern (um 11 Plätze) und liegt vor Deutschland insgesamt. Auch nach dem „Global Competitiveness Report“ des World Economic Forum, der die Wettbewerbsfähigkeit von

102 Ländern vergleicht, liegt Deutschland bei wichtigen wirtschaftspolitischen Indikatoren auf den letzten Plätzen: Weltweites Schlusslicht bei der „Flexibilität der Lohnfestsetzung“ und der „Effizienz des Steuersystems“ weltweites Schlusslicht, vorletzter Rang bei der „Praxis von Einstellungen und Kündigungen“

- ▶ http://www.chancenfueralle.de/Presse/Pressemeldungen/_Deutschland_muss_entruempelt_werden_-_Analyse_zu_Deutschlands_Wettbewerbsfaehigkeit_4.11.2003.html;jsessionid=D8369A63F21E2A732D0645A71C79CAF5

Der Wohlstand schwindet

Beim Wohlstand (BIP pro Kopf nach Kaufkraftparitäten) liegt Deutschland in der EU-15 mittlerweile auf dem elften Platz; vor zehn Jahren lagen wir noch auf Platz drei (Bankenverband, 11. März 2004).

- ▶ <http://www.bankenverband.de/finanzmaerkte/index.asp?channel=121210&art=1086&ttyp=1&tid=1400>

Experten: Reformen wirken nicht

Frühjahrgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute:

- ▶ <http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/wochenberichte/docs/04-18.pdf>

„Getragen wird die Konjunktur in erheblichem Maße vom Aufschwung in der Weltwirtschaft. [...] Es wäre falsch zu meinen, die bessere Konjunktur sei auch oder sogar vorwiegend das Ergebnis der in Gang gesetzten Reformen, und man könne nun warten, weil vermeintlich genug getan worden sei. [...] Alles in allem ist selbst von

den langfristig sinnvollen Reformen kein Anstoß für die Konjunktur zu erwarten.“

Gerhard Schröder: „Wir brauchen [...] eine Politik [...], die die Entwicklungspotentiale im Wirtschaftlichen auch nutzt, damit sie nicht in Bürokratie ersticken, sondern damit Dynamik entfaltet werden kann.“

FAKT:

Unter Rot-Grün ist die Bürokratie im Bund gewachsen

Von 1998 bis 2002 haben SPD und Grüne 489 neue Bundesgesetze und 1.550 neue Rechtsverordnungen verabschiedet, gestrichen wurden dagegen nur 100 Gesetze bzw. 451 Rechtsverordnungen. (Quellen: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Wolfgang Bosbach, Dr. Norbert Röttgen, Andrea Voßhoff et al., BT-Drs 15/1979, Deutscher Bundestag, wiss. Dienst).

- ▶ <http://www.cducus.de/aktuelles/initiativen/2DB4A0086EFAE533D91E391C0B0F39D511348-beeutlnh.pdf>

Seit Anfang 2003 sind bis heute (Mai 2004) weitere 133 neue Gesetze und 523 neue Rechtsverordnungen hinzugekommen (Quelle: Deutscher Bundestag, wiss. Dienst.).

Bürokratieabbauprojekte nicht umgesetzt

Von 54 konkreten Bürokratieabbauprojekten sind gerade einmal neun Projekte umgesetzt worden. (Quelle: Antwort der BReg. auf schriftl. Einzelfrage Dr. Fuchs sowie Welt am Sonntag, 25.04.2004).

Höchstregulierter Arbeitsmarkt, schlechte Werte für wirtschaftliche Freiheit

Um die wirtschaftliche Freiheit ist es hierzulande schlecht bestellt. Nach der aktuellen internationalen Studie „Economic Freedom Report 2003“, einem Vergleich der Wirtschaftsfreiheit von 123 Staaten ist Deutsch-

land auf Platz 19 abgestürzt – hinter die meisten europäischen Staaten, aber auch die Vereinigten Arabischen Emirate oder Chile (S. 11). Und In Sachen Arbeitsmarktregulierung liegt Deutschland unter allen untersuchten Ländern auf dem letzten Platz! (S. 14).

▶ <http://www.freetheworld.com/2003/1EFW2003ch1.pdf>

WAS IST WAHLFAKTEN.DE?

Wahlfakten.de ist ein Angebot der CDU Deutschlands, über das man sich gezielt über die Aussagen von Spitzenpolitikern der politischen Konkurrenz und deren „Wahrheitsgehalt“ informieren kann.

Auf dieser Internetplattform werden, bei wichtigen politischen Ereignissen, den Argumenten des politischen Geg-

ners zeitnah und detailliert Fakten gegenübergestellt.

Journalisten und politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich auf Grundlage der unterschiedlichen Argumenten und Fakten schnell ihre eigene Meinung bilden, ohne lange recherchieren zu müssen. Das Archiv, das nach und nach mit Statements und Fakten gefüllt wird, bietet die Möglich-

keit, sich jederzeit umfassend und detailliert zu informieren.

Das Instrument „Rapid Response“ stammt aus den angelsächsischen Ländern, vor allem in den USA, und wird dort schon seit einigen Jahren eingesetzt. Die CDU Deutschlands verwendet dieses Instrument seit der Bundestagswahl 2002 als erste Partei in Deutschland.